

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1931

599 (24.12.1931) Morgenausgabe

Bezugspreis: Drei Bände monatlich 2,50 RM
im Voraus, im Verlaufe oder im d. Zweig-
stellen abgeholt 2,50 RM. Durch die Post-
bezogen mon. 2,10 RM. Einmalig 42 RM. Einmalig.
Einzelpreise: Freitag-Nummer 10 Pf.
Sonntags-Nummer und Retortas-
nummer 15 Pf. - Da kein höherer
Gewalt, Streif, Auslieferung um,
da der Besteller keine Ansprüche bei
Verpäteten oder Nichterhalten der
Zeitung, - Abbestellungen können nur
jeweils bis zum 2. d. Mts. auf den
Monats-Bezug angenommen werden.
Anzeigenpreise: Die Anzeigensätze
0,40 RM. Stellen-Gebühren, Familien-
und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden
ermäßigter Preis, - Restlose, Seite
2.- RM. an erster Stelle 2,50 RM.
Bei Wiederholung tariflicher Rabatt,
der bei Nichterhalten des Heftes, bei
gerichtlichem Verbot und bei Kon-
flikten außer Kraft tritt. Erklärungs-
ort und Gerichtsstand in Karlsruhe.

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung
Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Donnerstag, den 24. Dezember 1931.

Eigentum und Verlaß von
: : Ferdinand Zbieraarten : :
Erscheinlich verantwortlich: Für Politik:
A. Kimmig; für politische Nachrichten:
Dr. A. Bauer; für badische Nachrichten:
I. S. Dr. C. Schenck; für Kommunal-
politik: A. Hinder; für Lokales und Sport:
A. Kolb; für das Ausland:
M. Köhler; für Oper und Konzert:
G. Böhler; für den Handel:
F. Böhler; für die Anzeigen: F. Böhler;
Vertrieb: alle in Karlsruhe (Baden).
Verleger: Dr. Kurt Meiser.
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.
Hauptgeschäftsstelle: Kaiserstraße
Nr. 89 a. - Postbezeichnung: Karlsru-
her Nr. 859. - Beilagen: Volk und
Heimat / Literarische Umschau / Roman-
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /
Rette- und Bäder-Zeitung / Landwirtschaft,
Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

Das Gutachten von Basel.

Die Voraussetzungen des Youngplanes nicht mehr gegeben / Die Jahresleistungen um 40 v. H. erhöht / Gemeinsames Handeln und Anpassung der Kriegsschulden an die zerrüttete Lage notwendig.

Basel, 23. Dez. Die privaten Besprechungen des Sonder-
ausschusses sind am Mittwoch abend, 19 Uhr, zu Ende gegang-
en. Dr. Weichroth teilte gleich nach Schluß der Sitzung den deut-
schen Pressevertretern mit, daß, soeben die endgültige Einigung erzielt
ist. Das Gutachten ist angenommen und wird heute unterzeich-
net. Wie von deutscher Seite mitgeteilt wird, ist die Einigung durch
ermöglicht worden, daß, von allen Seiten gewisse Zugeständnisse gemacht wurden.

Die amtliche Verlautbarung über das Gutachten des
S. A. Ausschusses ist in den späten Abendstunden bekannt
gegeben worden. Das Gutachten des Sonderausschusses gibt in
Kapitel I zunächst einen Überblick über die gegenwärtige
Lage und befaßt sich im Kapitel II mit den Ursachen, in
Kapitel III mit den Maßnahmen der deutschen Regie-
rung. Es kommt dann in Kapitel IV zu folgenden

Schlussfolgerungen:

Es steht fest, daß Deutschland den ausgiebigen Teil
der Jahresraten nach Ablauf des Hoover-Jahres nicht zu
transferieren vermag. Der Ausschuss weist indessen auf die be-
sondere Schwere der Krise hin, deren Ausmaß unabweisbar die
„verhältnismäßig kurze Depression“ übersteigt, die der Neue Plan
ins Auge faßt. Der Neue Plan ging von der ständigen Aus-
dehnung des Welt Handels aus, innerhalb derer die Repara-
tionszahlungen ein Faktor von abnehmender Bedeutung werden
würden. Tatsächlich ist das Gegenteil eingetreten.

Nicht nur ist der Umfang des Welt Handels zusammen-
geschrumpft, sondern das außerordentliche Fallen des Gold-
preises hat die tatsächlichen Lasten der deutschen Jahres-
raten, wie alle in Gold festgesetzten Zahlungen um 40 v. H.
erhöht.

Das deutsche Problem, das im weiten Maß die Ursache
für die steigende finanzielle Lähmung der Welt ist, erfordert daher
ein gemeinsames Handeln, das nur von den Regierungen
ausgehen kann. Das Problem hat weltweite Bedeutung
und es muß in viel weiterem Maße als dem durch
Deutschlands Lage allein gegebenen behandelt
werden. Der Weichroth-Ausschuss hat bereits im August
eine außerordentlich ernste Warnung ausgesprochen.
Die Ereignisse warteten nicht. Die Krise hat gewaltige Dimen-
sionen angenommen.

Wenn nichts geschieht, werden die eingetretenen
Schwierigkeiten Vorboten weiterer Kata-
strophen sein.

Durch die Rückwirkungen des wirtschaftlichen Lebens auf die politi-
sche Lage und umgekehrt wird die allgemeine Lage noch mehr ver-
wirrt. Bei diesem verwickelten Problem müssen von den Regierungen
die Aufgaben berücksichtigt werden, die der wirtschaftlichen Lage ent-
sprechend nur nach wirtschaftlichen Gesetzen behandelt werden
können.

Gewisse Betrachtungen erscheinen dem Ausschuss von größter
Wichtigkeit. Transferierungen von einem Land in einem Umfang,
der die Zahlungsbilanz erschüttert, müssen das augenblickliche Chaos
noch verhängen. Die Befreiung eines Schuldnerlandes von einer
untragbaren Last würde möglicherweise die Last auf ein Gläubiger-
land abwälzen, das in seiner Eigenschaft als Schuldner seinerseits
nicht in der Lage ist, die Last zu tragen.

Der einzige Schritt von Dauer, der das Vertrauen wieder her-
stellen kann, ist die Anpassung aller zwischenstaatlichen
Schulden (Reparations- und andere Kriegsschulden) an die
gegenwärtig zerrüttete Lage der Welt. Endlich sind
Schritte notwendig, um den energiegelassen Maßnahmen, mit
denen die deutsche Regierung die Stabilität ihrer Währung ver-
teidigt, dauernde Wirkung zu sichern. Der Ausschuss richtet an die
Regierungen den Appell, ohne Verzögerung Entscheidungen
zu fassen und damit neue Hoffnungen auf eine Besserung der
schweren Krise zu erwecken, die gleichermäßen auf allen lastet.

m. Berlin, 23. Dez. (Drahtmeldung unserer Berliner Schrift-
leitung.) Der Endkampf um den Bericht der Sachverständigen in
Basel hat geradezu dramatische Formen angenommen. Die
Delegierten saßen auf ihren gepolsterten Koffern und bombardierten
sich gegenseitig mit Ultimaten. Zum Teil haben sie sogar erklärt,
daß sie unter allen Umständen am Mittwoch allein abreisen würden,
ohne Rücksicht darauf, ob ein Ergebnis zustande komme oder nicht.
Zur Durchführung dieser Drohung ist es aber schließlich nicht ge-
kommen. Die neuen Schwierigkeiten, die eigentlich erst am
Dienstagabend wieder aufgetaucht sind, kamen ebenfalls von den
Franzosen, die an dem Bericht, als er schon im Rohbau fertig war,
immer noch herumtortieren wollten.

Der Bericht wird in vier verschiedene Kapitel gegliedert, wovon
das erste mehr eine analytische Darstellung der Welt-
wirtschaftskrise im allgemeinen und der deutschen
Krise im besonderen enthält. Das zweite Kapitel spricht
über die Ursachen und Auswirkungen der Krise, das
dritte Kapitel von den Maßnahmen, die Deutschland zur Sanie-
rung der öffentlichen und der privaten Wirtschaft
unternommen hat, unter besonderer Berücksichtigung der Notverordnung.
Das vierte Kapitel endlich enthält die gutachtlichen
Aussagen, ohne freilich bestimmte Empfehlungen zu haben.

Hier war es am Dienstag zu einer formalen Einigung gekom-
men, nachdem zur Überbrückung der Gegensätze bemüht auf jede
praktische Schlussfolgerung verzichtet worden war. Das war aber
dem französischen Delegierten nicht doch nicht möglich. Er hat dann
plötzlich beim Kapitel 2 seine alte Forderung wieder aufgegriffen
u. nun hier verlangt, daß ausdrücklich jeder Zusammenhang
zwischen der deutschen Krise und den Reparations-
zahlungen abgelehnt werde. Darauf hat die deutsche Dele-
gation sich aber nicht eingelassen. Sie hat zuletzt erklärt, daß sie
unter solchen Umständen ihre Unterschrift unter den gesamten Bericht
verweigern müßte. Vorübergehend sah es so aus, als ob eine
Verständigung gegen die Franzosen möglich sein würde, nachdem

Rift das Beratungszimmer verlassen hatte. Frankreich hat dann aber
in Belgien und Jugoslawien Bundesgenossen gefunden.

Es scheint dann auch gelungen zu sein, eine Formel zu finden,
die vieldeutig genug ist, um den französischen und deutschen Wünschen
zu genügen und zwar offenbar in der Form, daß nun wieder beim
Kapitel 4 der Zusammenhang zwischen den Reparationen und der
Weltkrise festgelegt ist, aber nur für die Ansicht der Mehrheit, wo-

bei die Franzosen ihren Widerspruch zu Protokoll
gegeben haben. Da aber bis zuletzt um jedes einzelne Wort ge-
stritten wurde, wird sich das Ergebnis erst beurteilen lassen, wenn
der ganze Bericht vorliegt. Die Methoden freilich, unter denen in
Basel verhandelt worden ist, lassen für die Aufrechterhaltung und
die damit verbundene spätere Durchführung der deutschen Ansprüche
auf der politischen Reparationskonferenz nicht viel Gutes erhoffen.

Die „Kleine Notverordnung“.

Ergänzungen und Anpassungen an das Winterprogramm.

Berlin, 23. Dez. Ueber die neue „Kleine Notverordnung“ er-
folgte am Mittwoch abend eine längere amtliche Mitteilung. Die
neue Notverordnung des Reichspräsidenten

„Zur Anpassung einiger Gesetze und Verordnungen an die ver-
änderte Lage von Wirtschaft und Finanzen
(Anpassungs-Verordnung)
befaßt danach im wesentlichen:

I. Steuerrechtliche Vorschriften.

1. Die Zuschläge zur Einkommensteuer, und zwar der
5 prozentige Zuschlag zur Einkommensteuer von mehr als 8000 RM.,
der Zuschlag zur Einkommensteuer der Ledigen und die Zuschläge
der Aufsichtsratsmitglieder (10 Prozent von den Lantien-
men) werden auch im Rechnungsjahr 1932 erhoben.

Bei der landwirtschaftlichen Einkommensteuer wird
bestimmt, daß die Steuer der Einkünfte aus Verpachtung, die in einem
landwirtschaftlichen Betrieb anfallen, schon jetzt gilt, dagegen für
den Fall, daß sie ein Nicht-Landwirt bezieht, erst von dem Zeitpunkt
an, in dem eine entsprechende Regelung für das gesamte Grundver-
mögen getroffen wird. Bezüglich der Vorschrift des § 28a des Ein-
kommensteuergesetzes wird verordnet, daß im Zusammenhang mit
der Einführung der Einkommensteuer

Verluste aus Landwirtschaft grundsätzlich vom übrigen Ein-
kommen abgezogen oder gegebenenfalls auf das nächste Jahr
vorgezogen werden sollen.

Lediglich die ersten geringen Beträge des Verlustes — bis 1000 RM.
— sollen außer Ansatz bleiben. Bei dieser Gelegenheit wird auch
festgestellt, daß mit der Freilassung der ersten 6000 RM. des land-
wirtschaftlichen Einkommens grundsätzlich auch der steuerfreie Ein-
kommensanteil von 720 RM. abgezogen ist. Bei Häften (z. B. wenn
Gewerbetreibende kleines landwirtschaftliches Nebeneinkommen haben)
soll neben der Freilassung dieses Nebeneinkommens der steuerfreie
Einkommensanteil gewährt werden, wenn der Einheitswert des land-
wirtschaftlichen Betriebes unter 8000 RM. liegt.

2. Auf dem Gebiete der Einkommensbewertung und Ver-
mögenssteuer sind noch für die jetzt laufende Steuerperiode und Ver-
mögens drei durch die neueste Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes
verursachte Maßnahmen getroffen worden: beim Reportgeschäft
und beim Stückkonto wird festgestellt, daß nicht der Kurs,
sondern lediglich den Aktionären das Halberungsrecht zusteht. Wei-
ter ist vorgelesen, daß Schulden, die in wirtschaftlicher Beziehung
zu einem Besitz deutscher Aktien stehen, zur Vermeidung von Steuer-
ausfällen ebenfalls nur zur Hälfte abgezogen werden dürfen und
daß (bei Beteiligung einer Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft)
Schulden, die im Zusammenhang mit einer auf Grund des „Schach-
telprivilegs“ befreiten Beteiligung stehen, nicht abzugsfähig sind.
Sinnförmlich der „Aufbringungsanlage“ enthält die Not-
verordnung ebenfalls eine Klarstellung noch für 1931: Grundstücke,
die einem gewerblichen Betrieb dienen und dem Unternehmen selbst
gehören, unterliegen der Aufbringungsanlage. Grundstücke, die
nicht dem Unternehmen selbst, sondern einem an dem Unternehmen
Beteiligten gehören, sollen dabei nicht günstiger behandelt werden.

3. Die Entziehung der Kraftfahrzeugsteuer wird viel-
fachen Wünschen entsprechend nun auch in Monatsraten und
zwar ab 2. Januar 1932 zugelassen.

4. Durch Verringerung der Gesetzkraft über die Essig-
säuresteuer soll zum Schutz der bestehenden Betriebe einer Be-
nützung des Genuß-Essigsäuremarktes von der technischen Essig-
säure her vorgebeugt werden.

5. Aus den Bestimmungen über die Hauszinssteuer sei
herausgehoben: Länder, die von der Ermächtigung zur indivi-

duellen Gestaltung der Senkung der Hauszins-
steuer Gebrauch machen wollen, werden verpflichtet, die entspre-
chenden Anträge spätestens bis 31. Dezember zu stellen. Die jetzige
Notverordnung verbietet ferner ausdrücklich, daß Hauseigentümern,
die ihre Hauszinssteuer nach der Verordnung vom 8. Dezember ab-
lösen möchten, eine höhere Grundsteuer auferlegt wird, als denen,
die ihre Hauszinssteuer nicht abgelöst haben.

6. Der Verringerung der Spanne zwischen Alt-
und Neubauten dient schließlich folgende die Ge-
meindegrundsteuer betreffende Vorschrift: Für die von Beginn
des Rechnungsjahres 1931 ab errichteten Wohnungsneubauten
ist durch das Realsteuerentwerfgesetz für eine Reihe von Jahren
Befreiung von der Landes- und Gemeindegrund-
steuer durchgeführt worden. Die 1924 bis 1930 errichteten Neu-
bauten sind in den meisten Ländern von der Landesgrundsteuer be-
freit, daneben haben vielfach die Gemeinden eine Befreiung von
der Gemeindegrundsteuer gewährt. Nunmehr gehen eine ganze
Reihe dieser Gemeinden dazu über, die gewährte Steuerbefreiung
wieder aufzuheben. Die Notverordnung stellt sich, daß die Grund-
steuer auch von der Gemeindegrundsteuer befreit bleiben, solange die
Befreiung von der Landesgrundsteuer besteht.

7. Im Interesse der Länderhaushalte wird das Inkrafttreten
der im vorigen Jahre beschlossenen Änderung des Paragraphen 35
des Finanzausgleichsgesetzes, wonach die Ergänzungsan-
sprüche der Länder anstelle eines Drittels nur zur Höchstgrenze
eines Fünftels des Landesteils gehen sollten, um ein Jahr hin-
ausgeschoben. Sie wird erst mit dem 1. April 1932 in Kraft
treten.

II. Bekämpfung des Schmuggels.

Die Errichtung von Baulichtleiten in einem 50 Meter breiten
Grenzstreifen wird von der Zustimmung der Zollbehörde
abhängig gemacht. Kraftfahrzeuge, die zum Schmuggel benutzt wer-
den, werden künftig auch dann eingezogen, wenn sie den Schmuggel-
lern nicht gehören.

III. Bekämpfung der Mollage der Binnenschifffahrt.

Die Kleinschiffer werden zum Zusammenfluß zu öf-
fentlich-rechtlichen Verbänden ermächtigt. Durch weitere
Maßnahmen soll der Mollage entgegen gewirkt werden, wobei auf
die internationalen Bindungen Rücksicht genommen wird.

IV. Zivilversorgung.

Der vierte Teil beschäftigt sich mit der Unterbringung
ehemaliger Angehöriger der Wehrmacht und der
Schupo sowie von Schwerbeschädigten.

V. Befähigungspersonenschäden.

Zur Vermeidung unbilliger Bevorzugung wird die viertel-
jährliche Vorauszahlung der Renten für die Befähigungspersonen-
geschädigten zugunsten einer monatlichen Befähigung.

VI. Ausfuhr von Kunstwerken.

Die Geltungsdauer der bestehenden Verordnung vom 11. Dez.
1919, die nun ablaufen würde, wird um ein Jahr verlän-
gert.

VII. Rechtspflege.

In diesem Teil wird die Reichsregierung ermächtigt, besondere
Vorschriften für den Fall der Aushebung oder Zusammen-
legung von Gerichten zu erlassen. Die Geltungsdauer der
Vollstreckungsverordnung wird um ein halbes Jahr
verlängert.

Ursachen der Stuttgarter Katastrophe.

— Stuttgart, 23. Dez. Der Leiter der Stuttgarter Feuerwehr,
Branddirektor Müller, gab heute mittag der Presse Einzelheiten
über die Bekämpfung des Brandes im Stuttgarter Schloß bekannt.
Er trat dabei der Auffassung entgegen, als ob man bei der Be-
kämpfung des Feuers in den Innenräumen vor den wertvollen
Studenden halt gemacht habe. Das Feuer habe sich zwisch-
schen den horizontalen und vertikalen schachtarti-
gen Zwischenräumen der Fußböden schon lange
weitergefrissen und sei, als es plötzlich Luft bekam, laminar-
artig durchgebrochen. Eine gleichzeitige Bekämpfung des Brandes
von außen und innen sei wegen der gegenseitigen Behinderung und
anderer nachteiliger Wirkungen unmöglich gewesen. Das ganz über-
tastend eingetretene Einsturzungs- und Brandunglück sei nur dadurch erklär-
lich, daß hinter den äußeren Blendbleinen der Mauer eine Anzahl
von Bruchsteinen gesteckt habe. Der Frost und das gefrorene Wasser,
das bekanntlich große Brudwirkung habe, habe außerdem zum Zu-
sammensturz beigetragen.

Der Brand nahezu gelöscht.

17. Stuttgart, 23. Dez. Der Brand des Alten Schlosses kann
seit heute vormittag als nahezu gelöscht angesehen werden,
wenn auch nach wie vor mit der Möglichkeit gerechnet werden muß,
daß das Feuer nochmals aufflackert. Es sind noch verschiedene
kleine Brandherde vorhanden, aber die heranzukommen aber
keine Möglichkeit besteht. Es droht aber wenigstens keine un-
mittelbare Gefahr mehr.

Als die Kunde von dem Brand des Stuttgarter Alten Schlosses
im Reich bekannt wurde, zeigte sich überall große Anteilnahme.
Reichsminister Dr. Brüning erkundigte sich in der Nacht vom
Montag zum Dienstag fernmündlich beim württembergischen Staats-
präsidenten über den Brand. Der bayerische Ministerpräsident Dr.
Feld sprach telegraphisch die herzlichste Teilnahme aus. Ebenso ging
im Laufe des gestrigen Tages von dem badischen Staats-
präsidenten Dr. Schmitt die Bekundung aufrichtiger Teil-
nahme ein.

Die Opfer in der Vatikan-Bibliothek. 15 000 Bände vermisst.

III. Rom, 23. Dez. Von den Opfern des Einsturzungslieds in der Vatikanbibliothek sind bisher drei als Leichen geborgen worden...

Kardinäle des Vatikans und fast sämtliche Handkataloge der Bibliothek, sowie Sammlungen historischer, philologischer und theologischer Zeitschriften...

Ein großer Schlag der Prohibitionspolizei.

S. Newgor, 23. Dez. 60 Beamte der Prohibitionspolizei hoben am Dienstag mehrere vornehme „Küsterkneipen“ am Brodway...

Brüning und Goerdeler bei Hindenburg.

* Berlin, 23. Dez. Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichskanzler zum Vortrag. Ferner empfing der Reichspräsident den Reichskommissar für Preisüberwachung...

Dr. Brandes über die Auflösung der Landwirtschaftskammer.

III. Ansbach, 23. Dez. In einer landwirtschaftlichen Sitzung in Ansbach sprach der bisherige Landwirtschaftskammerpräsident Dr. Brandes über die grundsätzliche Bedeutung der Auflösung...

III. Berlin, 23. Dez. Der Berliner Justizrat Herzfeld, ein als kommunistischer Verteidiger bekannter Berliner Rechtsanwält...

Deutsch-russisches Abkommen über den Warenverkehr.

Berlin, 23. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: Die am 14. November von Reichswirtschaftsminister Professor Warmbold mit dem Führer der Abordnung der sowjetrussischen Republik...

trages soll erst nach Zustimmung der in Deutschland meistbegünstigten Staaten in Kraft gesetzt werden.

Das am 19. Dezember 1931 in Berlin unterzeichnete Zusatzprotokoll zu dem deutsch-rumänischen Handelsabkommen wird mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab durch eine Verordnung der Reichsregierung vorläufig in Anwendung gesetzt...

Geheimnisse der Stadtbank.

III. Berlin, 23. Dez. In der Mittwochsverhandlung im Klaref-Prozess ging es wieder sehr lebhaft zu. Es kamen in der Stadtbankangelegenheit Einzelheiten ans Tageslicht...

Brandes gehört habe, sei er zu ihm, Hoffmann, gekommen und habe mit Abbruch der Geschäftsbeziehungen zur Stadtbank gedroht. Er, Hoffmann, habe Leo beruhigt und gesagt, die Revisionen müssten doch ordnungsmäßig durchgeführt werden...

Bereinigungen mit Oesterreich, Ungarn und Rumänien.

Berlin, 23. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: Der am 5. Dezember 1931 in Wien unterzeichnete Notenwechsel zum deutsch-österreichischen Handelsvertrag soll entsprechend einer zwischen der Reichsregierung und der österreichischen Regierung getroffenen Vereinbarung mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab vorläufig angewendet werden...

Leo, Sklarek fuhr fort: „Herr Vorsitzender! Sie wissen ja schon seit Wochen, was hier los ist. Wenn wir bestanden wollten, dann wären wir zu den Revisoren der Hauptprüfungsstelle, die 300 Mark Monatsgehalt hatten, gegangen und hätten sie gefragt, ob sie etwas Garberobe oder sonst etwas gebraucht.“

Der Vorsitzende erklärte schließlich, der langen Rede kurzer Sinn dieser Ausführungen solle doch der sein, daß Leo den Stadtbankdirektoren pflichtwidrige Handlungen vorwerfe bei der Kreditgewährung und daß Rosenthal diese Pflichtwidrigkeiten begünstigt habe...

Sages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Anzeiger-Teil.) Donnerstags, den 24. Dezember. Kaffee-Kabarett Roland: Jungweibchen-Weihnachts-Abend.

Gegen Schnüpfen hilft Forman. Für 60 J in Apotheken und Drogerien.

Goethe und die Kinder.

Von Peter Warmund.

In Goethes reicher, weicher Natur schlummerte eine Wesenseite, die immer ins Schweigen kam, wenn er Jugend sah: seine tiefe Kindlichkeit offenbarte sich. Das wird auch noch von dem Achtzigjährigen bezeugt: „Es war eine Lust, den Alten mit den Kindern sprechen zu hören, denn er hat eine rührende Art, sich mit ihnen zu unterhalten...“

Weihnachtliches. In der Försterischen Familie, in der Goethe als Leipziger Student verkehrte, befand sich ein Kinderspiel namens „Goethe und der Vater“, erzählt später F. Förster, trieben ihren Autwillen soweit, daß sie am Weihnachtsabend ein Christbaumchen für Joli, mit allerhand Süßigkeiten behangen, aufstellten, ihm ein rotweißes Kamisol anzogen und ihn auf zwei Beinen zu dem Tischchen, das für ihn reichlich besetzt war, führten...

Das Theaterkind. Der spätere Schauspieler Gotthardt erzählte eine hübsche Episode aus dem Jahre 1800. Er hatte sich in Goethes Theaterloge im Weimarer Theater geschlichen, sah auf der breiteren Brüstung und sah auf die Bühne, als sich plötzlich die Tür öffnete und Goethe eintrat. Aber der „alte Herr“ ist nicht böse; er sah die Knaben, der entgegenwill, fest am Arm, und eine volle, ruhige Stimme spricht: „Bleib getrost, mein Sohn, wir haben beide Raum genug. Wer wird den andern ohne Not verdrängen?“

In der Puppenstube. Ein Bericht Johanna Schopenhauers aus dem Jahre 1807: „Goethe war mit den Kindern in Adeles Zimmer gegangen, hatte sich dort hingeseht und sich Adeles Herrlichkeiten zeigen lassen, alles Stück für Stück besahen, die Puppen

nach der Reihe tanzen lassen, und kam nun mit den Kindern und einem sehr milden, lieben Gesicht zurück, wovon kein Mensch einen Begriff hat, der nicht die Gelegenheit hat, ihn zu sehen...“

Lärm im Garten. Wenn die Schauspielerkinder des Weimarer Theaters nach einer Erzählung G. Noltes, Sohn eines Kammerjägers — von Frau Goethe eingeladen waren, ging es im Garten recht lebhaft zu, so daß der alte Diener jorzunkelnd hinzukam: der Gemeinderat könne den verfluchten Spektakel nicht länger ertragen. Einmal aber erließen dieser persönlich und so voll majestätischer Haltung, daß die Kinder zu Christiane flüchteten. „Da aber der gefürchtete Herr dem Anblick dieser tomschen Gruppe nur lächelnd mit dem Finger drohte, fing ich mutwilliges Büschchen an zu fächeln. Der Geheire setzte sich und rief: Kleiner Wolke (das ist in seinem Namen war ihm eine grausame Härte) komm einmal her zu mir! Was hast ihr kleinen Kobolde denn eigentlich getrieben? Sogleich besam ich wieder Mut und jagte, wir hätten getrunz und gelungen, im Garten Häschchenmännchen gespielt, wären tüchtig herumgeprungen, an der Laube emporgeklettert und hätten den Herlingsbaum gepflündert. — Was, meine Herrlichkeit, die ich selbst so gern genieße, daß du kleiner Schlingel mir flüchtst? Das ist ja recht schön! — Mit einem wohlwollenden Badenreich entließ mich der gestrenge Herr.“

Knäuber und Soldaten. Adolf Stahr, ein bekannter Lehrer und Schriftsteller, erzählt: „Am Geburtstag eines seiner Enkel spielte eine Knabenstube ihr Knäuber- und Soldatenpiel. Der Knäuberhauptmann war eben gefangen und in eine Kammer des Gartenhauses gesperrt, als der alte Goethe, damals fast ein Achtzigjähriger, zu den Knaben hinaustrat. Was seid ihr denn, fragte er die Knäuber. — Knäuber! — Wo ist euer Hauptmann? — Gefangen! — Und ihr schämt euch nicht, ihn im Gefängnis sitzen zu lassen, statt ihn zu befreien? — Ja, aber die anderen haben die Tür zugeschlossen! — Ist das ein Hindernis für ordentliche Kerle, die ihren Hauptmann befreien wollen? — Und so, von ihm ermutigt, stieß die Jüngerschaft mit lautem Hurra die Tür ein und holte den Gefangenen heraus, während der alte Herr zufrieden lächelnd in sein Grübelbüchchen zurückkehrte...“

Deutsche Wissenschaft im Ausland. Professor Schulten hat auch in diesem Jahre seine Forschungen in Spanien mit Unterstützung der spanischen Regierung fortgesetzt und in der Nähe von Catalagud, im Tale des Jalon (Nebenfluß des Ebro), eine iberische Stadt entdeckt, die mit vier Meter hohen Mauern aus Quadern eine Fläche von 40 Hektar bedeckt. Zahlreiche Silbermünzen, nach denen ein Teil der Stadt der „Silberbügel“ heißt, scheinen zu ergeben, daß es sich um Salsita handelt, dessen starke Münzprägung auf scheinbare Bedeutung hinweist. Ferner untersuchte Schulten die Topographie des alten Bilbilis, der Heimat des Dichters Martial, der in mehreren Gedichten die ihm lieben Orte des selbstberühmten Landes beschrieben hat. Bilbilis ist am Abhang eines Felsens, der steil zum Jalon abfällt. Von einem hochgelegenen Tempel aus hat man einen wundervollen Blick auf die Flur von Catalagud, eine grüne Dase in brauner Steppe.

Ausstellung in der Mannheimer Kunsthalle.

Wie der Künstler die Kunst sieht.

In logischer Fortsetzung ihrer letzten Schau „Schöpferische Kopien“ hat Mannheims Stadt, Kunsthalle loeben eine noch weit umfassendere und reichhaltigere unter dem Titel „Wie der Künstler die Kunst sieht“ eröffnet. Ihr Wesentliches ist, wie auch von Dr. Hartlaub in seiner Eröffnungsansprache betont wurde, das Bekanntwerden der Tradition, das wir z. B. auch bei Emil Orlik in einer wunderbaren duftigen Farbtafelzeichnung nach Lionardes „Die heilige Anna selbdritt“ finden. Wir leben hier u. a. neben Knabierungen von Goya nach Velasquez und einer weickgehenden Bleistiftzeichnung Alfred Reihels nach Guido Reni den Hamburger Künstler Erwin Spedler (1806-1885) mit lebensvollen Bleistiftzeichnungen nach Remling vertreten, die St. Hieronymus vom Passionsaltar im Lübecker Dom zeigen. Dann dem Ergegenommen von Geheimrat Nitzl begegnen wir hier auch Adolf v. Menzel mit subtilen Kreidezeichnungen nach Figuren aus Dresdener Zinnger, aber auch nach Riemenschnaber. Und ebenso wenig wie Franz v. Lenbach mit intimen Bleistiftzeichnungen, u. a. nach Rembrandt, fehlt in dieser von Dr. Eugène Delacroix arrangierten Schau von den Franzosen Manet, Eugène Delacroix, Theodore Géricault und Cézarine mit einer seltlichen Bleistiftzeichnung „Natto“. Wie ein Lewis Corinth in der Art, wie er die alte Kunst sieht, persönlich und doch mit einer ganzen Vitalität seine Andromeda nach Rubens gestaltet, so zeigt die didaktische Abteilung wie Manet und Kunstschnuler, so die Malische Abteilung oder Jch. Alen-Berlin, wie es dem Schüler hier oftmals weniger auf das alte Original, als darauf ankommt, was er daraus an Licht- und Schattenteilung oder das Hell-Dunkel bei Rembrandt lernen kann.

Die Kunsthalle hat mit dieser Ausstellung auch einen bisher wenig bekannten Künstler Kasal Küberer-Stuttgart entdeckt, dessen Aquarelle nach allen Vorbildern, auch nach Fresken, von eigenem Reiz sind. Von Heinrich Siegemann-Hamburg festelt besonders ein so moles Aquarell nach dem „Sizilienbild“ von Franz Hals, während Eugen Spiro mit zarten Aquarellen nach pompejanischen Wandmalereien vertreten ist. Erfreulich, daß wir zahlreiche, u. a. d. i. lichen Künstler n begegnen, wie Hermann Strübe-Berlin, dem Maler-Dichter mit feinem Bleistift- und Kofezeichnungen, Adolf Abel, Professor Böhmerer-Mer-Lüner mit lebensvollen Aquarellen und Karl Hubdub. Von Wärttern nach Wärttern nennen wir noch Otto Schickler und S. Gehrt-Freiburg mit großartig hingeworfener Wärttern nach Figuren des Freiburger Müllers. Ist es auch unmöglich, alle wertvollen Einzelheiten dieser dankbaren Schau hier festzuhalten, sie gibt doch ein ebenso interessantes wie i. h. reiches Bild davon, wie der Künstler, von etwa 1800 angefangen bis heute, die Kunst sieht und was sie ihm gegeben.

Kurt Sonnemann.

Der badische 1931er Wein zur Hälfte verkauft.

Freiburg i. Br., 23. Dez. Die neuen Weine sehen jetzt kurz vor dem ersten Absatz, teilweise sind sie bereits abgehoben. Man ist über die Qualität erstaunt, der Säureabbau hat sehr gute Fortschritte gemacht. Besonders die Gewächse aus den besseren Lagen sind vielversprechend und berechtigen zu den besten Hoffnungen. Das Weingeschäft ist sehr ruhig. Von Seiten des Handels besteht nur Interesse für die allerbilligsten Gewächse, während die gute Weinlandschaft sich besonders für die mittleren und besseren Qualitäten interessiert. Die Preise haben sich wenig verändert. In den Gastwirtschaften hat der Weinverbrauch gegenüber dem Bier zugenommen. 1930er und ältere Jahrgänge sind in erster Hand nur noch in sehr geringem Umfange vorhanden. Von der 1931er Ernte, die etwas geringer wie die vorjährige ausgefallen sein dürfte, ist etwa die Hälfte verkauft.

Gehlerhafte Weinpropaganda.

Die Zeitung „Weinbau und Kellerwirtschaft“ schreibt: Der Reichsausschuss für Weinpropaganda in Berlin hat eine stilifizierte Landkarte herstellen lassen, auf der die Weinbaugebiete Deutschlands eingezeichnet sind. Er empfiehlt den Abdruck des Klischees auf Weintarten, Preislisten usw. Auf dieser Karte ist der badische Weinbau schlecht weggekommen, denn die großen Weinbaugebiete Markgräflerland und Kaiserstuhl, sowie das bemerkenswerte Weinbaugelände am Bodensee sind nicht dargestellt, weil die Karte bei Freiburg aufhört. Gegen diese Vernachlässigung wohl bekannter Weinbaugelände hat das Weinbauamt sofort beim Reichsausschuss Einspruch erhoben und Zurückziehung des Klischees sowie Ersatz durch ein zutreffenderes verlangt. Der Reichsausschuss bemerkt dazu, es handle sich um eine stilifizierte Landkarte, eine Zurückziehung sei nicht mehr möglich. Mit dieser Antwort kann sich der badische Weinbau aber nicht zufrieden geben. Der Reichsausschuss für Weinpropaganda erhält Mittel vom Reich, um allen deutschen Weinbaugeländen zu dienen, vor allem aber auch jenen, die schon durch ihre Lage in der äußersten Südwestecke des Reiches mit hohen Frachtlagen zu kämpfen haben und es ist deshalb seine Pflicht, alle Weinbaugelände zu berücksichtigen.

Brandstiftungen und Gebäudeversicherung.

Nach dem Geschäftsbericht der Badischen Gebäudeversicherungsanstalt betragen die gesamten Schadenszahlungen der Anhalt im Jahre 1930 RM. 7,2 Millionen. In Gesamtumlage wurden RM. 8,88 Millionen erhoben. Leider enthält der Bericht keine Angaben über die Verteilung der Versicherungsumlage und der Entschädigungen auf Stadt und Land. Von den RM. 8,88 Millionen Umlage haben nämlich die 12 größten Städte des Landes etwa RM. 3,85 Millionen aufgebracht; dagegen entfiel auf sie nur RM. 0,58 Millionen an Schadenszahlungen von dem Gesamtbetrage in Höhe von RM. 7,2 Millionen. Die 12 Städte haben also das 6fache des Beitrages an Umlage bezahlt, der ihnen an Brandentschädigungen vergütet werden mußte.

Dieses Mißverhältnis der Brandentschädigung zu der Umlagebelastung ergibt sich nicht nur bei einer Betrachtung des Jahres 1930, sondern auch der Vorjahre. In der Zeit von 1924—1930 zahlten die erwähnten Städte an Umlage insgesamt etwa RM. 26,62 Millionen, während auf sie an Brandentschädigung nur RM. 4,18 Millionen entfielen. Aus dieser großen Vorbelastung des städtischen Haushaltes sind im wesentlichen die kleineren Gemeinden, bei denen die Schadensstatistik infolge der häufigen Brandfälle besonders ungünstig ist. Der Geschäftsbericht der Gebäudeversicherungsanstalt enthält über den tatsächlichen Umfang der Brandstiftungen ausführliche Mitteilungen. Nach Ansicht der Städte erscheint es an der Zeit, diese unbillige Lastenteilung in irgend einer Weise zu beseitigen. Zur Vermeidung solcher Unbilligkeiten haben die meisten anderen Länder, wie Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Hessen, ein teilweise sehr sorgfältig ausgearbeitetes Gefahrenklassensystem eingeführt. In Hessen ist überdies eine Erhöhung der Pflichtbeiträge vorgesehen, wenn aus Zahl und Entstehungsart der Brände entnommen werden kann, daß es vorwiegend auf Brandstiftungen zurückzuführen sind; andererseits erhalten diejenigen Gemeinden, die über gute Vorkehrungen verfügen, einen Teil der Umlage zurückvergütet.

Architektenkongress in Baden-Baden.

Ende November versammelten sich die Mitglieder des Bundes Deutscher Architekten, Landesbezirk Baden, in Baden-Baden zu ihrer diesjährigen Herbsttagung. Aus allen Teilen des badischen Landes waren Vertreter erschienen, um sich über die wichtigsten Standesfragen der freien Architekten anzuspoken.

Im Hotel „Schwarzwaldbad“ begrüßte am Vormittag der erste Vorsitzende, Regierungsbaumeister A. D. Arthur Brunisch, die große Zahl der erschienenen Kollegen, besonders den Vertreter des Bundespräsidenten, Regierungsbaumeister A. D. Sultus Kallmeyer und den Hauptgeschäftsführer der Organisation, Dr. Gaber aus Berlin.

Architekt W. M. Leonhardt aus Mannheim schilderte die Notlage des Neubaues und zeigte tabellenmäßig, daß an den im Jahre 1927, 1928 und 1929 erstellten Neubauten heute nahezu 30 Prozent des Gebäudefertigwertes und damit des Vermögens des Hausbesitzers verloren gegangen sei. Alle Anwesenden waren sich darüber klar, daß dem Neubaueschicksal das größte Interesse und die größtmögliche Fürsorge von Seiten der öffentlichen Verwaltung wie von Seiten der privaten Wirtschaft entgegengebracht werden muß, wenn nicht ungeheure Vermögenswerte verloren gehen sollen. Eine Entschädigung, die diesen Standpunkt vertritt, wurde gefordert.

Am Nachmittag referierte Dr. Gaber über den derzeitigen Stand des Architektenstandes und über die Frage des Berufsschutzes. Die Versammlung billigte das bisher in dieser Richtung geschehene und spricht die Hoffnung auf einen baldigen endgültigen Erfolg aus. Die Aussprache über die verschiedenen Punkte des Programms währte bis in die Abendstunden. — Besonders Interesse wurde dem Bericht des ersten Vorsitzenden über das Programm der Reichsregierung entgegengebracht, in den größeren Städten Badens sogenannte Arbeitslosen-Kommissionen zu erstellen.

Die Versammlungsteilnehmer kehrten befriedigt am Abend zurück, nachdem sie ihrem Vorsitzenden im Landesbezirk Baden einstimmig das Vertrauen für die unermüdete und erfolgreiche Tätigkeit im vergangenen Jahre ausgesprochen hatten.

Subilare.

Rinkenheim, 22. Dez. (Künftige Greisinnen.) Die Älteste Frau unserer Gemeinde, Frau Sofie Pfannendörfer Witwe, konnte in diesen Tagen ihren 86. Geburtstag feiern. Die Hochbetagte ging noch allein ins Holz, lieh und schreibe ohne Brille. — betagte Frau Philippine Mez geb. Hauzer, die zweitälteste Frau, wurde 83 Jahre alt. Auch sie ist noch rüstig und verrichtete alle Feldarbeit.

D3. Seidelberg, 23. Dez. (Ein 70-Jähriger.) Am Stefanstag begeht Geheimrat Prof. Dr. L. Krehl, der Leiter der medizinischen Universitätsklinik, seinen 70. Geburtstag. Seit 1907 stand die Klinik unter seiner erprobten Leitung und erst im verfloßenen Frühjahr hat er sie an seinen Schüler Siebek abgegeben, um sich nun noch dem Forschungsinstitut für innere Medizin zu widmen. Der medizinische Fakultät erfreut sich in weiten Kreisen des Landes und darüber hinaus hohen Ansehens.

Hd. Smerzheim (bei Rehl), 23. Dez. (80 Jahre alt.) Bürgermeister Klenz, einer der Ältesten Bürgermeister des Hanauer Landes und wohl auch einer der ältesten aktiven badischen Bürgermeister konnte gestern in beneidenswerter Frische sein 80. Lebensjahr vollenden.

ul. St. Georgen im Schwarzwald, 23. Dez. (90 Jahre alt.) Am Montag feierte die Älteste Einwohnerin unserer Stadt, Frau Anna Maria Müller, ihren 90. Geburtstag. Die Subilarin, die auf ein arbeitsreiches Leben zurückblicken kann, ist schon seit 61 Jahren Witwe. Ihr Mann starb als Unteroffizier 1871 in Rastatt an den Folgen der Strapazen des Kriegsdienstes. Die Subilarin erhielt nach dem Ableben ihres Mannes von dem damaligen Großherzog eine lebenslängliche Rente zugesprochen.

Rastatt vor Weihnachten / Allenhalben Bilder der Zeitnot

Der Rastatter Weihnachtsverkauf stand wie überall im Zeichen der Not. Die Geschäftswelt wartete auf die Weihnachtsstunde. Die Not zeigte aber neue Wege. Um das Publikum einigermaßen zum Kaufen anzuregen, trat der „Kaufmännische Verein von 1876“ und die Handlungsgenossenschaft Rastatt e. V. — beide Vereine haben sich seit einiger Zeit vereinigt — mit einer „Kaufmanns-Preisfrage“ hervor, die in der Zeit vom 5. bis einschließlich 14. Dezember mit Hilfe der Schaufensterauslagen gelöst werden mußte. Es wurde eine größere Anzahl von Preisen im Gesamtwerte von 500 RM. in Waren ausgelegt. Das Kennwort-Preisrätsel selbst wurde folgendermaßen durchgeführt: Das Kennwort war entweder als einzelnes Wort verstreut im Schaufenster angebracht oder im Wertetext enthalten. In letzterem Falle war es im Text etwas hervorgehoben. Dieses Kennwort war anzugeben. Man kann sich denken, was in den Hauptverkehrsstraßen und vor den Schaufenstern für ein Getriebe herrschte. Ungeduldige Menge! Aber auch Erwachsene, zum Teil Arbeitslose, nahmen an dem „Kennen“ um den „großen Preis“ von Rastatt teil. Und das Resultat der Notatzen? Ein altes Männlein, das in den Strudel hineingezogen wurde, bemerkte bündig: „Biel außen, wenig drinnen!“

Ein zweites Bild der Not: Nachdem schon verschiedene Vorbesprechungen vorausgegangen waren, hat sich, wie in andern badischen Städten, auch in Rastatt ein „Neuhausbauer-Verein“ konstituiert. Zum 1. Vorsitzenden wurde techn. Eisenbahnoberbetriebsrat Sultus Baumann gewählt. Der Verein wurde der Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe-Baden angeschlossen. Was man im Zusammenhang mit der Gründung des Vereins erfährt, beleuchtet in geradezu erschreckender Weise die Lage der Neubaubesther. Durch die eingetretenen nicht vorauszu sehenden wirtschaftlichen Verhältnisse können die in Rastatt seit 1924 mit einer Baukostenüberhöhung von durchschnittlich 70 bis 75 Prozent erstellten Privatneubaunngen von den Eigentümern, wenn keine Hilfe kommt, auf die Dauer nicht mehr gehalten werden. Das in die Bauten hineingesteckte Eigenkapital gilt heute schon als verloren. Dabei fallen Haus-eigentümer und Mieter in gleicher Weise immer mehr der Arbeitslosigkeit anheim. Der Gehaltsabzug der Beamten und Angestellten bewirkt gerade hier in steigendem Maße das Leerwerden von Wohnungen. Es ist ausgeschlossen, daß diese bei den Abbaubestrebungen der Ämter, Schulen und Industrie in absehbarer Zeit bezogen werden. Nur durch Zinsentzung, staatliche und gemeindeeigentliche Hilfe kann der bedrängten Lage der Neubaubesther abgeholfen werden.

Ein drittes Bild: Not und Arbeitslosigkeit zwingt auch den Bauernstand der Schneider zu der Begehung neuer Wege. Die fabrikmäßige Herstellung von Kleidern mit all ihren Folgeerscheinungen haben dem Schneiderhandwerk immer mehr den Boden seiner Existenz entzogen. Die Pumpwirtschaft, das Abzahlungsgeschäft und die Kapitalflucht haben noch ihr Nötiges dazu getan. Um aber den Lebenswillen und Glauben an die Zukunft nicht aufzugeben, haben sich die Schneider des Bezirks zu einer „Produktions- und Absatzgenossenschaft, e. G. m. b. H., Selbsthilfe“ zusammengeschlossen und ihren Betrieb eröffnet. Das gesteckte Ziel des neuen

Unternehmens besteht im Wesentlichen darin, für billiges Geld Kleider und Anzüge liefern und damit Arbeitsmöglichkeit finden zu können.

Ein viertes Bild: Draußen vor der Stadt am Ludwigsring in unmittelbarer Nähe des Trefzgerischen Fabrikarens stehen Arbeitslose und schwingen Haxe und Schaufel, um ihr zugeeignetes Stückchen Land, in ein Kleingärtchen zu verwandeln. Es ist eine harte Arbeit. Der Rücken schmerzt, drum richten sich die schaffenden Gestalten zeitweilig in die Höhe, um ein wenig auszurufen. Alte Festungssteine müssen entfernt, Natursteine aus dem Boden gebrochen werden. Wir kommen mit einem arbeitslosen Schwerkranken ins Gespräch. Die Unterhaltung ist kurz und bündig. Er macht ein paar vielsagende Handbewegungen und meint: „Wenn wir nicht arbeitslos wären, wüßten wir etwas Besseres zu tun.“ Aber Mut bekunden diese Leute und Hoffnung auf Besserung, und das ist die Hauptsache.

Noch ein letztes Bild: Wir kehren in ein Wirtshaus ein. Wer möchte nicht auch einmal den Aergers und Verdruß der Zeit ein wenig „hinunterschwenken“. Aber wir finden keine Gesellschaft, sondern sind die ganze Zeit unseres Aufenthalts der einzige Gast. Die Not des Rastatter Gastgewerbes ist wirklich groß. Hier war es in der Nachkriegszeit im Vergleich zu anderen Betrieben nicht so leicht möglich, eine Umstellung vorzunehmen. Infolgedessen verfügt Rastatt, wenn auch eine kleine Zahl von Gaststätten eingegangen ist, heute noch über eine Vielzahl von Wirtshäusern, denen kein genügend hohes Bedürfnis der Bevölkerung zu entsprechen scheint. Da es in Rastatt, wo das Vereinsleben von jeher blühte, eine althergebrachte Sitte ist, daß sich die Vereine mit ihren Familienangehörigen in der Weihnachtszeit in einem Wirtshauslokal um den Christbaum versammeln, erhoffte man in diesen Tagen von Seiten der Wirtshäuser eine vorübergehende geschäftliche Besserung. Nun hat sich aber, wie man erfährt, eine Reihe von Vereinen bis jetzt nicht entschließen können, eine Weihnachtsfeier abzuhalten. Das tut natürlich dem Wirtsgewerbe empfindlichen Abtrag, zumal jedermann erfahrungsgemäß der feierlichen Stimmung halber gerne einmal eine oder zwei Mark mehr ausgibt. In Anbetracht der wirtschaftlichen Not liegt nun dem Beispiel auch der „Kriegerverein“ seinen 77 Mitgliedern durch Kundstreifen mitteilen, daß er in diesem Jahre von der üblichen Weihnachtsfeier abstehe. Auch der „Artillerieclub“ und die „Reinigung ehemaliger Ober“ mußte unlängst die bereits zur Tradition gewordene „Barbarafest“ wegen der ungünstigen wirtschaftlichen Lage ausfallen lassen und hat sich mit einem „schlichten Familienabend“ im „Löwen“ begnügt.

Doch genug des Auerfreulichen! Da wir schon einmal unterwegs sind, geben wir ins „Kath. Gelellenhau“ und leben uns die bis dato erste und einzige Rastatter Krippenausstellung an, die in diesem Sturmsjahr vom „Kath. Jugend- und Gelellenerverein“ in längerer Vorbereitungszeit zusammengestellt hat. Schlichter Sinn und gediegenes Können haben hier etwas geschaffen, das des Ansehens und der Bewunderung wert ist. Wir vergessen eine Weile der Not der Zeit und nehmen ein Stück Vorweihnachtsfreude und Vorweihnachtsfrieden mit nach Hause.

Zum Fall Bühler, Zell a. S.

D3. Zell a. S., 23. Dez. In der nächsten Schwurgerichtssitzung in Offenburg wird die Anklage gegen den Landwirt und Waldarbeiter Bühler wegen Erschießung des Gerichtsvollziehers Räder verhandelt werden.

Man erfährt jetzt verschiedenes über die Einkommensverhältnisse und den Charakter Bühlers, die den Täter und seine Motive doch anders erscheinen lassen als das mancherorts hingetrotzt wurde. Bühler hatte außer dem Einkommen aus seiner Landwirtschaft auch noch ein Einkommen als Waldarbeiter. So bezog er im Jahre 1930 als Waldarbeiter ca. 1100 RM. und 1931 bis zum Juni ca. 500 RM. Er hätte auch weiter als zum Juni gearbeitet, wenn er nicht mit Rücksicht auf seine Vermögensverhältnisse einem vermögenslosen Arbeiter hätte Platz machen müssen. Bühler war ein eigenwilliger Charakter und leicht zu Prozessen geneigt.

Vor ein paar Jahren wurde sein damals zirka 7 Jahre alter Sohn von einem Kraftwagen angefahren. Der Kraftwagenführer wollte ihm eine Abfindung geben. Aber ohne sich um die Höhe der Abfindung überhaupt zu kümmern, lehnte er Verhandlungen mit der Bemerkung ab: „Prozeß muß werden, und wenn das ganze Räderle (Gülle) drauf geht. Seine Mitmenschen sind ihm offenbar nicht mehr am Herzen gelegen.“

Zur Zeit der Mißablieferung, die ihn sehr ärgerte, machte er die Bemerkung: „Die Leute in der Stadt brauchen keine Milch, die sollen Katten fressen.“ Vor der Treppe seines Hauses mußte er offensichtlich für diese Bemerkung Abbitte leisten.

Sehr bezeichnend für seinen Charakter ist aber folgendes: Seine Frau war von einem Nachbar tödlich beleidigt worden. Der Schuldteil der Bühler an diesem Vorfall muß nicht gering gewesen sein. Denn der ersten Instanz betamen die Bühler nur zu einem kleinen Bruchteil recht, in der zweiten hatten sie etwas mehr Erfolg, doch mußten sie in beiden Instanzen den Hauptteil der Kosten bezahlen. Der Nachbar berappte nun seinen Kostenanteil statt an seinen eigenen Rechtsanwalt an Bühler und der Rechtsanwalt hatte das Nachsehen. Was schrieb nun Bühler an diesen Rechtsanwalt, als er von ihm an seine Schuld erinnert wurde? Der Rechtsanwalt sollte durch den Gerichtsvollzieher Fänger bei dem Prozeßgegner die vermeintliche Forderung pflanzen lassen. Es kam Bühler also in keiner Weise darauf an, den Nachbar pflanzen zu lassen, und er verlangte sogar die Forderung für eine Sache, die er schon erhalten hatte. Den gleichen Gerichtsvollzieher, der den Nachbar pflanzen sollte, hat Bühler erschossen!

Unterzahlungen beim Kreditverein Buggingen

Buggingen, 23. Dez. Dieser Tage fand die Generalversammlung des Kreditvereins Buggingen statt, in der die Finanzlage der Gesellschaft erörtert wurde. Es wurde ein Fehlbetrag von etwa 20 000 RM. festgestellt, von dem 17 000 RM. durch Reserverfond und Zinsen und 5000 RM. durch Kautionsadebit sind. Für die restlichen 6000 RM. hat der Aufsichtsrat Bürgschaft übernommen. Der Redner des Kreditvereins hat bekanntlich im August bei Basel Selbstmord verübt.

Brände im Lande.

— Stupersich (bei Durlach), 23. Dez. (Noch rechtzeitig gelöscht.) In dem Anwesen des Landwirts Kistler war ein Brand ausgebrochen. Es gelang jedoch, das Feuer im Entstehen zu ersticken, so daß nur ein Gebäudel Schaden von etwa 1000 Mark entstanden ist.

D3. Kappelwindel (Amt Bühl), 23. Dez. (Eine Nichtigstellung.) Bei dem gestern gemeldeten Brande handelt es sich nicht um das Anwesen des Baanermeisters Bish, sondern um jenes des Landwirts Alois Bish. Oekonomiegelände und Wohnhaus sind vollständig niedergebrannt. Auch die Fahrnisse wurden zum größten Teil ein Raub der Flammen, denen auch das Geflügel zum Opfer fiel.

D3. Ottenhöfen (Amt Bühl), 23. Dez. (Falscher Verdacht.) Der unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftete Dienstknecht und Landwirt Wilhelm Basler aus Ottenhöfen-Simmersbach wurde außer Verfolgung gesetzt. Er hat wegen unschuldig erlittener Unterzahlungen eine Entschädigung erhalten; denn durch das Verfahren wurde seine Unschuld erwiesen.

Die Toten im Lande.

r. Rastatt, 23. Dez. (Todesfall.) Im Alter von 80 Jahren ist der angelehene Bürger und Kaufmann Gustav Stahl junior an den Folgen eines Herzleidens verstorben. Der Verstorbenen grüßte hier ein Spezialhaus für Fahräder und Nähmaschinen und im vorigen Jahre konnte er sein goldenes Geschäftsjubiläum feiern. Im Vereinsleben spielte Stahl eine hervorragende Rolle.

Anfallchronik.

bd. Neudorf, 23. Dez. (Arbeitsunfall.) Ein 20-jähriger junger Mann, der beim Rieswert der Gebrüder Pfeil arbeitete, geriet mit der linken Hand in eine Walzmaschine, wobei ihm drei Finger abgerissen wurden. Der Verletzte wurde nach Bruchsal ins Krankenhaus eingeliefert.

D3. Mannheim, 23. Dez. (Tödlicher Verkehrsunfall.) Heute früh etwa 7.30 Uhr ist auf der Seidenheimer Anlage der 17 Jahre alte Freizeitlehrling Sultus Schöning, der mit seinem Fahrrad auf die Arbeitsstelle nach Neudorf fahren wollte, von einem in gleicher Richtung fahrenden Lieferwagen angefahren und in Höhe des Stadions vom Rad geschleudert worden. Der Verunglückte erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot. Ueber die Schuldfrage sind noch Ermittlungen im Gange.

D3. Höpflingen (Amt Lützen), 23. Dez. (Seinen Verletzungen erlegen.) Der Landwirt und Holzwarenhändler Johann Gehrig, der vor einigen Tagen zwischen Wildenberg a. N. und Eichenbühl mit einem Auto schwer verunglückt, ist gestorben.

hd. Unterharmersbach (bei Zell a. S.), 23. Dez. In dem tödlichen Unglücksfall, dem der fast 70-jährige Rädermeister Wilhelm Mann zum Opfer gefallen ist, wird noch berichtet, daß der Verunglückte beim Glatteis ausgeglitten und die drei Meter hohe Böschung in den Harmersbach hinuntergefallen war. An dem Gehäuf, das die Ufer des Baches umläumt, blieb er hängen. Sicher ist der alte Mann nicht mehr hochgekommen und mußte ertrinken.

D3. Ottenhöfen (Amt Rehl), 23. Dez. (Erfroren aufgefunden.) Ein Mann namens Schmälzle aus Sasbachwalden wurde in einem Wassergraben in Simmersbach erfroren aufgefunden. Ueber die Ursachen dieses Unglücks konnte noch nichts in Erfahrung gebracht werden.

Freiburg, 23. Dez. (Ein Opfer der Kälte.) Der 46 Jahre alte Postkaffner A. D. Heinrich Haag wurde in der Nähe seiner Wohnung bewußlos im Schnee aufgefunden; er verstarb nach kurzer Zeit. Haag scheint ein Opfer der strengen Kälte geworden zu sein.

D3. Mannheim, 23. Dez. (Lebensmüde.) Gestern nachmittag hat sich im Jungbühl ein 81 Jahre alter verheirateter früherer Steuermann in seiner Wohnung erhängt. Der Mann war mit einem schweren Leiden behaftet und dieses dürfte wohl die Ursache der Tat sein.

Tabakverkauf in Staßfurt.

gr. Staßfurt, bei Bruchsal, 23. Dez. In den letzten Tagen war man hier mit dem Bewiegen der diesjährigen Tabaterrnte beschäftigt. Der Ertrag läßt bezüglich der Menge infolge von Hochwasser-Schäden sehr zu wünschen übrig, während die Qualität allen Verhältnissen entgegen als gut zu bezeichnen ist. Der bezahlte Preis bewegt sich zwischen 58 und 63 RM. pro Zentner. Verkauf wurden etwa 90 Prozent der Ernte. Als Käufer traten außer den alljährlich kommenden Firmen von Bruchsal, Mannheim und Norddeutschland, nach einer Pause von mehreren Jahren zum erstenmal wieder oberbadische Firmen auf. Die Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage läßt die Käufer mit weiteren Einkäufen sehr zurückhalten. Aus diesem Grunde ist die Preisbildung zur Zeit eine rückläufige, was sich auch bei der Einzelaufnahme in Speyer vor einer Woche auswirkt hat. Der diesjährige Verkauf hat wiederum gezeigt, daß für erste Qualität immer Interesse besteht, minderwertige Qualität aber kaum veräußert ist. Dieser Umstand dürfte ein Fingerzeig für die Pflanzerschaft sein, ihr Hauptaugenmerk in Zukunft mehr, als bisher schon gesehen, auf die Qualität zu richten. Es ist den Pflanzern auch für die kommenden Jahre zu gönnen, daß die große Mühe und Arbeit, die der Tabakbau bereitet, durch einen angemessenen Preis vergolten wird. Wie man hört, soll nun auch der Nachbaf, der bereits verlaufsfertig gebühelt ist, verkauft werden. Man nimmt allgemein an, daß der diesjährige Preis den Verhältnissen entsprechend sich auf etwa 45 RM. pro Zentner stellen wird. Gerade dieser Erlös aus Nachtabat ist für den Tabakpflanzler noch einmal eine freudig begrüßte Einnahme, wie man landläufig sagt, „geundenes Geld“, mit dem er sich über die größte Not hinweg helfen kann.

Bruchsal, 23. Dez. Schwelmermarkt. Angefahren wurden 53 Milchschweine und 13 Läufer. Verkauf wurden 40 Milchschweine und 4 Läufer. Höchster Preis pro Paar Milchschweine 21 RM., Läufer 40 RM., niedrigster Preis Paar Milchschweine 16 RM., häufigster Preis pro Paar Milchschweine 20 RM.

Aus der Landeshauptstadt. Karlsruhe, den 24. Dezember 1931. Die Tariffenkungen bei den städt. Betrieben.

Vom Rathaus wird uns geschrieben: Tarifierung bei den öffentlichen Betrieben der Städte ist ein Wunsch, der mehr denn je in den letzten Monaten und Wochen laut geworden ist. Soweit dieser Wunsch bisher nicht in Erfüllung ging, glaube man manchmal in der Kritik sogar von mangelndem guten Willen sprechen zu müssen. Wenn es nur daran läge, wäre dem Uebel sehr leicht abzuhelfen. Leider liegen die Dinge nicht so einfach. Der Reichskommissar für die Preisüberwachung hat in offener und nüchterner Weise zum Ausdruck gebracht, daß man Tariffenkungen nicht ohne weiteres vornehmen kann, wenn die in Betracht kommenden öffentlichen Betriebe schon eines Zuschusses bedürfen, der wieder durch Steuern gedeckt werden muß. Dieser Fall trifft unter anderem für die städtische Straßenbahn in Karlsruhe zu. Der durch die Verhältnisse bedingte starke Verkehrsrückgang hat Fehlbeträge zur Folge gehabt, die auch durch schärfste Sparmassnahmen bei den persönlichen und sachlichen Ausgaben und im Fahrplan nicht ausgeglichen werden konnten. Es sind daher reichlich hohe Zuschüsse aus allgemeinen Mitteln für die Straßenbahn notwendig. Trotz alledem denkt man in der Stadterwaltung daran, mit den Tarifen der Straßenbahn bei der allgemeinen Preislenkungsaktion nicht absteits zu stehen, sondern verschiedene Verbilligungen einzutreten zu lassen. Man gibt sich dabei auf Grund von ausführlicher Erörterung in anderen Städten und sorgfamer Ueberlegung allerdings nicht der eben so stark verbreiteten wie trügerischen Hoffnung hin, daß die Tarifierung in entsprechend gesteigerter Frequenz einen Ausgleich finden wird. Es kann sich daher nur um einen äussersten und gewiß nicht unbedenklichen Versuch handeln. Ueber Art und Umfang der geplanten Massnahmen ist eine endgültige Entscheidung noch nicht möglich. Zunächst muß der Reichskommissar für Preisüberwachung mit der Angelegenheit befaßt werden, da es u. a. gilt, einen endgültigen Bericht des Reichs auf die lange langem bekämpfte Beförderungsteuer zu erzielen. Dies ist eine nicht unwesentliche Voraussetzung für die Durchführung der beabsichtigten Massnahmen. Die Verhandlungen mit dem Reichskommissar sind eingeleitet und werden mit größter Beschleunigung zum Abschluß gebracht werden.

Die Postgebühren werden gelenkt.

Das Reichskabinett stimmte in seiner heutigen Sitzung der Entzung der Postgebühren mit Wirkung vom 1. Januar 1932 zu. Die Entzung soll sich, um bei der Höhe des zur Verfügung stehenden Betrages von 120 Millionen Mark wirksam zu sein, auf zwei wichtige Verkehrswege, den Paket- und den Fernsprechnetzverkehr, erstrecken. Bereits am 23. Dezember wird der Arbeitsausschuß des Reichspostverwaltungsrates und am 29. Dezember das Plenum des Verwaltungsrates zusammentreten, um die endgültige Entscheidung zu treffen, insbesondere um die Einzelheiten der Gebührenerhöhung festzusetzen.

Zum Schloßbrand in Stuttgart. Der Oberbürgermeister hat der Stadterwaltung Stuttgart zu dem schweren, unerleghchen Verlust, den die Stadt durch den Brand des alten Schloßes erleidet, und zu dem bitteren Leide, das durch die schrecklichen Unglücksfälle beim Löschen über die Stadt und die Familien braver Feuerwehrmänner gekommen ist, die aufrichtigste Teilnahme der Stadt Karlsruhe übermitteln.

Vom Wochengroßmarkt. Das Kartoffelangebot war nicht sehr groß, die Nachfrage nach geringer. Besser war das Angebot auf dem Gemüsemarkt. So gab's vor allem viel Kohlenohl, Bismontohl, Rotkraut, Wirsing, gelbe Rüben und Schwarzwurzel. Mit kleineren Posten waren Weißkraut, Spinat, weiße Rüben und Bodenlohtraben vertreten. Weichst begehrte war nur Blumenkohl. Für Kohlenkohl, Rotkraut, Wirsing, Spinat, gelbe Rüben und Schwarzwurzel zeigte sich nur mittelmäßiges Interesse, und gering war die Nachfrage nach Weißkraut, weißen Rüben und Bodenlohtraben. Kopfsalat und Endivienalat gab's reichlich; gut war die Nachfrage nach Kopfsalat, mittelmäßig nach Endivienalat. Meerrettich war nicht allzu reichlich vertreten, genügte aber voll auf der Nachfrage. Groß war das Angebot an Tafeläpfeln, Tafelbirnen und Nüssen, geringer das an Korbäpfeln, Korbhirnen, Trauben und Tomaten. Auch auf dem Obstmarkt hätte die Nachfrage besser sein können. Mittelmäßig war sie nach Tafeläpfeln, Tafelbirnen, ausländ. Nüssen und noch unbedeutender nach Korbäpfeln, Korbhirnen, inländ. Nüssen, Trauben und Tomaten. Auch die Süßfrüchte waren ganz wenig begehrte, obwohl das Angebot an Orangen, Mandarinen und Zitronen groß war. Bemerkenswert ist, daß die Anfuhr ausländ. Ware allmählich wieder erheblicher geworden ist. So gab's aus Holland Rotkraut, Weißkraut und Schwarzwurzel (jeweils neben einheimischer Ware). Der angeführte Blumenkohl stammte aus Italien und Frankreich, der Kopfsalat aus Frankreich. Auf dem Obst- und Süßfrüchtemarkt gab's Trauben aus Spanien, Tomaten von den kanarischen Inseln und aus Spanien; Nüsse aus Südlawien; Zitronen aus Italien; Orangen und Mandarinen aus Spanien und Bananen aus Westindien.

Sein 25jähriges Geschäftsjubiläum kann am 26. Dezember Herr Leo Rosenkhal, der Leiter der Firma Hermann Tieg, feiern. Herr Rosenkhal, in Württemberg geboren, trat nach gründlicher Ausbildung in verschiedenen bedeutenden Geschäften am 26. Dezember 1906 bei der Firma Hermann Tieg in Karlsruhe als Einkäufer ein. Im Jahre 1912 wurde er in die Geschäftsleitung berufen, in der er sich neben dem verstorbenen Herrn Malachowski mit großem Erfolg für die Entwicklung des Karlsruher Hauses einsetzte. Im Herbst 1921 erhielt er von der Berliner Centrale den ehrenvollen Ruf zur Übernahme der Leitung der Filiale in Klauen (Sachsen), die sich unter seiner zielbewußten Führung stetig entwickelte. Nach dem allzu frühen Tode des Herrn Malachowski wurde Herr Rosenkhal mit der Leitung der Filiale Karlsruhe betraut. Hier war ihm Gelegenheit gegeben, durch sein hervorragendes organisatorisches Talent die umfangreiche Filiale geschickt über alle Klippen der wirtschaftlichen Not zu führen. Durch sein liebenswürdiges entgegenkommendes Wesen hat sich Herr Rosenkhal nicht nur das Vertrauen der Kundschaft, sondern auch die Anhänglichkeit seiner Angestellten als Hilfsbereiter Vorgesetzter und treuer Berater in weitem Maße erworben. Auch in sozialer Hinsicht ist Herr Rosenkhal vorbildlich tätig. Wie wir hören, beabsichtigt der Jubilar, den Tag außerhalb Karlsruhe zu verbringen. Den zahlreichen Glückwünschen, die Herrn Rosenkhal aus Anlaß seines Geschäftsjubiläums zugehen werden, schließen wir uns gerne an.

Eisbahn im Stadtpark geöffnet. Nach den Wettervorhersagen scheint es in diesem Jahre zu gelingen, die Naturbahn auf dem Stadtpark während der Feiertage offen zu halten. Das Eis ist jetzt nach Enttarnung des Schnees so dick, daß die Eröffnung der Bahn am Donnerstag möglich ist. Für diejenigen, die des Schlittschuhlaufens nicht kundig sind, ist auch Gelegenheit zum Rodeln, wenigstens von der Brücke des Stadtparks aus, gegeben. Der von der Eisdecke entfernte Schnee wurde auf die Rodelbahn verbracht, um auch diesem schönen Sport in der gesunden Winterluft zu ermöglichen.

Ausstellung „Siedlung und Kleinhans“. Die Ortsgruppe Karlsruhe des Bundes Deutscher Architekten veranstaltet nächste Woche in der Landesgemerbehalle, Karl-Friedrichstraße, eine Ausstellung „Siedlung und Kleinhans“. Sie will damit die Diskussion über diese Aufgabe aus theoretischen Erwägungen herausführen und an Hand von Plänen und Entwürfen zeigen, wie der Gedanke der Randfiedlung verwirklicht werden kann.

Jugendlichen Weihnachtsabend im Casino Roland. Wie jedes Jahr findet auch heute wiederum der von allen Kleinstehenden freudig begrüßte Junggellen Abend statt. Bei einem wirklich ansehnlichen Programm feiern Künstler und Gäste zusammen ihren Weihnachtabend. In den Festtagen finden nachmittags 4 Uhr Sonderveranstaltungen bei vollem Programm statt.

Stadtrandfiedlung und die Rollage der freien Architekten.

Von der Ortsgruppe Karlsruhe des Bundes Deutscher Architekten wird uns geschrieben: In der Begleitervorlesung zu den Richtlinien über die vorstädtliche Kleinfiedlung heißt es u. a.: Bei der Aufstellung der Fiedlungspläne bitte ich auch da, wo die öffentlichen Körperlichkeiten selbst Träger des Verfahrens werden wollen, die Erfahrungen der fast allenthalben bestehenden Wohnungsfürsorge-, gemeinnützigen Wohnungsbau- und Fiedlungsgesellschaften der Sache nutzbar zu machen. Daneben bitte ich bei der Vorbereitung und Durchführung der Fiedlungen die freien Architekten und das Baugewerbe soweit dies mit den Grundzügen parlamentarischer Wirtschaft vereinbar ist, tunlichst einzuschalten. Wohnungsfürsorgegesellschaften in der Art, wie sie in Preußen verbreitet sind, gibt es in Baden nicht. Die gemeinnützigen Wohnungsbauvereinigungen haben bis jetzt bei uns noch keine Neigung erkennen lassen, sich mit dieser Aufgabe zu befassen. Dagegen hat sich die freie Architektenschaft von vornherein mit Eifer dieser neuen Aufgabe zugewandt. Das Ministerium des Innern hat in dankenswerter Weise den obenangeführten Satz der Richtlinien sich zu eigen gemacht und sucht der freien Architektenschaft zu helfen, daß sie hier ein Feld der Betätigung finden könne. Wie weit diese Absicht des Ministeriums Erfolg haben wird, hängt von der Bereitwilligkeit der Städte ab, die ja Träger der Randfiedlung sind, die Mitarbeit der freien Architektenschaft anzunehmen. Die seit langem bestehende Rillage des freien Berufes zwingt die Architekten von jeher, seine Arbeiten mit dem geringsten Aufwand an Personal- und Sachkosten durchzuführen.

Es wird auf jeden Fall sehr viel einfacher und mit viel geringeren Hemmnissen arbeiten als das behördliche Baubüro.

Die Fiedlungsstätigkeit und die Durchführung von einzelnen oder gruppenmäßigen Kleinfiedlungsbauten, auch in der weiteren ländlichen Umgebung waren in den letzten Jahren in zunehmendem Maße die Hauptbetätigung der Privatarchitekten. Eine Tätigkeit, die dem augenblicklichen Fiedlungsbedarf der Stadtrandfiedlung naheliegt, während sich die städtische Baubehörde vorwiegend mit Großprojekten befaßt hat, die zwar nie zur Ausführung kommen werden, außerdem aber den Gedanken des Kleinfiedlungsbauwesens und des Kleinhanses organisatorisch und technisch kaum berühren. Die Betätigung der Privatarchitekten mit der Bauparabewegung liegt auf einer ähnlichen Ebene. Die meisten Bauparaber gehen auf das bestehende Eigenheim aus, ihre ganze Lebenseinstellung entspricht in diesem derjenigen der jetzt zu betretenden Fiedler. Aus diesen Erwägungen folgt, daß gerade der Privatarchitekt in der zusammenfassenden Behandlung des Kleinfiedlungsbauwesens und in Erkenntnis der Bedürfnisse des Fiedlers besonders erfahren ist. Den behördlichen Baubüros muß diese Erfahrung abgepreden werden. Die Notwendigkeit äußerster Sparlichkeit bei allen bisherigen Kleinfiedlungsprojekten hat den Architekten gezwungen, nur solche Fiedlungsformen und solche Konstruktionen zu wählen, die wirtschaftlich und technisch gut brauchbar sind. Die Behandlung größerer städtischer Bauprojekte, ihre Durcharbeitung und organisatorische Durchführung gehen von ganz anderen Gesichtspunkten aus, die den Bedürfnissen des Fiedlungsbauwesens fremd sind.

Die Erfahrung mit der Selbstorganisation von Fiedlern in einigen größeren Städten (z. B. Frankfurt a. Main) zeigt, daß in der Selbstorganisation der Erwerblosen ein außerordentlicher Antriebsfaktor, den brachliegenden Arbeitsrang zu betriebligen und gesteigerten Leistungen zu erzielen. Es finden sich erstaunlich viele Menschen darin zusammen, die den besten Willen haben, etwas zu leisten. Es zeigt sich auch, daß diese Selbstorganisation umso rascher und selbstthätiger arbeitet, je weniger sie durch bürokratische Gängelei gehemmt, beeinflusst oder unterdrückt wird.

Auch in Karlsruhe ist solche Selbsthilfe möglich, die bewußt danach strebt, unter eigener Verantwortung ihre Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen, ohne überflüssige Bevormundung durch den schwerfälligen behördlichen Baubüro. Auf Grund seiner ganzen Art zu arbeiten, ist der Privatarchitekt viel leichter im Stande, solche Selbsthilfeorganisationen zu fördern zu beraten und zu leiten, damit ihr Werk technisch und wirtschaftlich erfolgreich werde.

Hilfe für die Notgemeinschaft.

Es gibt viele Möglichkeiten, den Hilfsbedürftigen durch Vermittlung der Karlsruher Notgemeinschaft eine Spende zukommen zu lassen. Die meisten dieser Wege sind bereits durch die intensive Arbeit der Werbegruppen erschöpft und ausgenutzt worden. Aus Kreisen der Mildtätigen ist noch auf nachfolgende Spendenmöglichkeiten hingewiesen worden.

Wenn auch die Zeit zur Abhaltung von gesellschaftlichen Veranstaltungen ungeeignet ist, so wird es doch Familien geben, die sich gewisser gesellschaftlicher Verpflichtungen nicht ganz entziehen können. Ueberall, auch in den Kreisen derjenigen, die auf derartige gesellschaftliche, meist sehr kostspielige Veranstaltungen noch Wert legen, wird es aber verstanden werden, wenn zur Abhaltung einer solchen Veranstaltung ein den Kosten derselben etwa entsprechender Geldbetrag zugunsten der Notleidenden an die Notgemeinschaft entrichtet wird. Von einer Seite ist zugelasst worden, an Stelle sämtlicher gesellschaftlicher Verpflichtungen während des Winters 1931/32 der Notgemeinschaft ein den Kosten dieser Veranstaltungen entsprechender Betrag zur Verwendung für die Hilfsbedürftigen zur Verfügung zu stellen.

Der Weg der Ablösung ist nicht neu, sondern zum Beispiel zur Enthebung der Neuzahrsbesuche schon seit Jahren beschritten. In den letzten Tagen ist der Notgemeinschaft noch eine weitere Ablosungsmöglichkeit durch eine mildtätige Familie eröffnet worden. Diese hat den Geldbetrag, den sie als Taufgeschenk aufzuwenden gedachte, der Notgemeinschaft zur Verfügung gestellt und den Eltern zur späteren Erinnerung für das Kind an die schwere Zeit im Jahre 1931/32 das Bestätigungsschreiben der Notgemeinschaft überreicht.

Auf diese Beispiele der Hilfsbereitschaft sei hiermit zur regen Nachahmung hingewiesen.

Aufscheidungsfeier im Bad. Leibgrenadierverein Karlsruhe.

Wie alljährlich, beging auch in diesem Jahre der Verein den Gedenktage der badischen Truppen, besonders seiner Regimentsangehörigen des Gefechts bei Witts am 18. Dezember 1870 in seinem Vereinsheim „Hotel Goldener Adler“. Der erste Vorsitzende des Vereines, Kamerad Krauß, konnte in seiner Ansprache den Vertreter des Offizierkorps, Herrn Oberstleutnant von Freydorf, und den Ehrenalmosen, Herrn Essen, besonders begrüßen. In seiner Ansprache führte er weiter aus, daß wir des Jahrestages der badischen Truppen, bei welchem das Leibgrenadierregiment im Zentrum der Gefechtsabhandlungen stand und große Lorbeeren erntete, heute zum 61. Mal begehen. Mit Freunden gedenke er noch des 25-jährigen Gedenktages 1895, als noch mehrere Tausende dieser Altveteranen unsere Stadt besuchten und vor dem Großerzog-Parade fanden. Unseren gefallenen Kameraden von 1870 und denen des Weltkrieges seien wir dank schuldig. (Die Hauskapelle spielte hierauf die erste Strophe des Liedes vom guten Kameraden, das die Verammlungen schmeiend mit anhördte.) Mit einem Hoch auf die Kameradschaft im Leibgrenadierverein schloß der erste Vorsitzende seine Ansprache, worauf die Hauskapelle den „Großerzog-Friedrich-Parabemarsch“ von Boettge spielte. Der übrige Teil des Abends war dem Gesang und der Kameradschaft gewidmet.

Der Privatarchitekt ist sich wohl bewußt, daß das Fiedlungs-werk eine notwendige und weiter ausbaufähige Notmaßnahme ist, daß aber die Mittel, die Fiedlung in Gang zu setzen, nicht dazu dienen können, daran groß zu verdienen. Trotzdem oder gerade deshalb hat der freie Architekt ein Recht daran, im Rahmen parlamentarischer Wirtschaft mit seiner Arbeitsleistung in diese Notmaßnahme eingegliedert zu werden. Seine berufliche Befähigung, die oft bewiesene ideale Berufsauffassung, die oft bewiesene selbstlose Mitarbeit an Aufgaben, die der Volksgemeinschaft dienen, beweisen, daß er der richtige Mann ist, im Fiedlungsbau beratend und führend mitzuwirken. Der freie Architekt wird seine ganze Arbeitskraft, ohne Rücksicht auf tarifmäßig begrenzte Arbeitszeit zur Verfügung stellen. Eine vergleichende Berechnung über den Aufwandsaufwand der Bau-behörden und ihre Effektivleistung und über den Aufwandsaufwand des einzelnen Privatarchitekten und seine Leistung, wird sicher zu Gunsten des freien Architekten ausfallen.

Wenn bis jetzt die freie Architektenschaft keine Schritte unternommen hat, die Öffentlichkeit über ihre wirtschaftliche Lage aufzuklären, so geschah es im vollen Vertrauen darauf, daß die Behörde (Stadterverwaltung) entsprechend den Richtlinien der Rotverordnung, die Architekten bei der Aufgabe der Stadtrandfiedlung in ausreichendem Maße zur verantwortlichen Mitarbeit heranziehen werde.

Da der Wille hierzu offenbar nicht vorhanden ist, wird die Architektenschaft gezwungen, in nachdrücklicher Form darauf hinzuweisen, daß ihre an sich schon fast auf ein Minimum reduzierte Lebensmöglichkeit hier weiter verkommen werden soll; ganz abgesehen davon, daß ihre technische und organisatorische Leistungsfähigkeit für die vorliegende Arbeit in volkswirtschaftlich kaum zu rechtfertigender Weise ungenutzt bleibt. Es wird dadurch ein Zustand herbeigeführt, der in absehbarer Zeit die öffentliche Hand zwingen wird, weitere Fiedlungsarbeiten auf sich zu nehmen.

Da eine ganze Berufsgruppe, nach dem jedem Deutschen zustehenden Recht, Schutz vor willkürlicher Verleumdung in Anspruch nehmen muß, nachdem sie sich in jeder Weise bis zum Letzten gegen diese Verleumdung gewehrt hat.

Es steht einer einzelnen Stadterverwaltung sicher nicht das Recht zu, entgegen dem Willen einer Reichsverordnung und entgegen der besseren Erkenntnis über die Ausnützung befähigter, für das besondere Vorhaben geeigneter Kräfte den richtigen Ablauf einer bestimmten Wirtschaftsentwicklung zu führen.

Es handelt sich in vorliegender Erklärung nicht um die Vertretung finanzieller Belange eines beliebigen „Interessenten-Laufens“, sondern um die nackte Tatsache, daß man aus bürokratischer Voreingenommenheit versucht, einen befähigten, vielfach der Allgemeinheit dienenden Berufsstand von den ihm ureigenen Aufgaben auszuschließen, von Aufgaben, die nur durch seine Mitarbeit der besten Lösung entgegengeführt werden können; einen Berufsstand, der unter größten Einschränkungen sich und seine Familie erhält, ohne bisher öffentliche Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Es kann nicht im Sinne des Gesetzgebers liegen, daß Mittel und Aufgaben, die einem bestimmten Arbeits- und Wirkungsbereich zugeführt werden sollen, dazu mißbraucht werden, den Leerlauf überflüssig gemordener städtischer Baubüros zu verfeinern.

Der Einwand, daß die Stadterverwaltung dem Reich gegenüber als Risikoträger für die zu verteilenden Gelder auch ihren Einsatz für die Durchführung des Unternehmens wahrnehmen müsse, ist hinfällig, da von der Architektenschaft Vor schläge gemacht worden sind, die genügende Gewähr und volle Sicherheit für die treuhänderlich richtige Verwendung der Gelder bieten.

Es besteht wohl in der Wirtschaft darüber kein Zweifel mehr, daß jeder Regiebetrieb unwirtschaftlicher und teurer arbeitet, als eine selbstverantwortliche private Organisation, die mit wesentlich knapperen Mitteln und geringeren Unkosten zu rechnen gewohnt und gezwungen ist.

Wildnot im Winter.

Jedes Tier ist von Natur aus für die kalte Zeit wohl gerüstet. Durch die reichliche Herbstfütterung hat alles Wild genügend Fett ansetzen können. Der dicke Winterpelz schützt vor dem Frost, wenn dieser nicht außergewöhnlich hart einsetzt. Selbst der Schnee kann, wenn er nicht gar zu hoch ist, das Wohlfinden der Tiere nicht beeinträchtigen. Es wirken stets andere Ursachen mit, die eine Wildnot im Winter bedingen. Bei normalem Verlauf des Winters weiß sich das Wild wohl zu helfen. Unter der Schneedecke findet es genug Nahrung, zu der es sich den Weg zu bahnen versteht.

Sein größter Feind bleibt der Mensch. Die moderne Forstwirtschaft hat den größten Teil der natürlichen Fütterung durch die Vernichtung der so unentbehrlichen Weidhöfer des Unterwuchses genommen. Man nutzt intensiv den Graswuchs aus und muß füttern, selbst in nicht krenen Wintern, da dem Wild die natürliche Fütterung nicht genügt. Vielfach hat man einen Ausgleich durch Anlage von Wildäckern zu schaffen gewußt, in der richtigen Erkenntnis, daß die reine künstliche Fütterung immer ein Eingriff des Menschen in die Natur ist und demgemäß auch ihre Schattenseiten hat.

Dann kommt der Wilderer, dem die Schneedecke die Spuren verrät. Solange er noch mit der Bißle ins fremde Revier geht, ist es nicht allzu schlimm, aber die Schlingensteller, die den würgenden Draht auf den Bah hängen, sind halunken, die leider viel zu leicht bestraft werden.

Wenn aber der Schneesturm bei klarem Frost die weiße Decke hoch aufwirft, wenn die Schneedecke nach kurzem Tauwetter zerbricht, daß die starken Schalen des Rotwildes sich an ihr blutig schlagen und das „Spiegelglas“ alles Futter begräbt, dann beginnt die große Wildnot. Der Schneepflug kann die farge Fütterung nicht mehr freilegen. Das verletzte Wild findet nicht mehr den Weg zu den Futterplätzen. Ohnmächtig steht der Hunger seine Schlingel ver-lindern, mag er auch mit dem Heulhüllen der Fährte folgen. Das Wild wird entkräftet und kaum können noch die kraftlos gewordenen Läufe sich aufziehen zu den dürren Weiden, mit denen der nagende Hunger wenigstens etwas gestillt wird. Manche Tragödie spielt sich da im verstreuten Winterwald ab, von der im nächsten Frühjahr nur ein bleiches Knochenhäuflein spricht.

Filmschau.

Wesdens-Wandspiele (Waldstraße 40). Trotz des großen Erfolges des West besten Schauspielers: „Der Königreichs-Tanz“ hat sich die Direktion der Wesdens-Wandspiele entschlossen, wie alljährlich, heute am heiligen Abend das Theater geschlossen zu halten, um dem Personal Gelegenheit zu geben, im Kreise ihrer Familien Weihnacht zu feiern. Der Film läßt auch in Karlsruhe große Ansehensstrahl aus, es lautet nämlich eine namenge Hans-Bethmann aus dem Mittelbaden ein. Es daß die Direktion den Film vorläufig bis 31. Dezember auf den Spielplan genommen hat.

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Todesfälle. 22. Dez.: Erwin Frede, Major a. D., ledig, 69 Jahre alt, aus Karlsruhe, Kreisobster, Gemann, 40 Jahre alt; Anna Zentgraf, geb. Gudenkub, Ehefrau von Otto Zentgraf, Modellreiner, 23. Dez.: Verida Sächter, geb. Affenbürger, Witwe von August Sächter, 79 Jahre alt.

